Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Pliganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 37 | **München, 12. September 1930** | **17. Jahrgang**

1930 Wochenkalender 5690

	Sept.	Elul	Bemerkungen
Sonntag	14	21 משכימין לסליחות	
Montag	15	22	
Dienstag	16	23	
Mittwoch	17	24	
Donnerst.	18	25	
Freitag	19	26	
Samstag	20	27	נצבים הפטרה שוש אשיש (Jes. 61, 10. 11. 62, 1—12. 63, 1—9) (P. R. פרק ה׳ ו׳)

Das Jüdische Echo

Nummer 37 12. September 17. Jahrgang

ZUM WAHLTAG

Der 14. September wird, das ist an dieser Stelle bereits ausgeführt worden, ein Tag der Entscheidung in mehrfacher Hinsicht auch für den deutschen Juden sein: ein Tag, der über die Zukunft des deutschen Judentums entscheiden kann und ein Tag, an dem sich der deutsche Jude zu entscheiden hat. Durch die Ausübung des Wahlrechts kann er sein Schicksal mitgestalten — dieser Pflicht und dieser Verantwortung darf er sich nicht entziehen, wie im übrigen seine Entscheidung auch fällt, die vorwiegend nach weltanschaulichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu treffen sein wird, bei der aber auch das jüdische Moment nicht unbeachtet bleiben darf.

Es kann und darf nicht Aufgabe des „Jüdischen Echos“ sein, für eine bestimmte Partei Propaganda zu machen — wir hoffen aber, daß die nachfolgenden Erörterungen, die die Probleme der Wahl von bestimmten Parteien her aber mit Berücksichtigung der jüdischen Fragen behandeln, nicht nur Klarheit darüber schaffen, welche Parteien ein Jude wählen kann, sondern auch darüber, daß jeder jüdische Wähler unter allen Umständen wählen muß. Die Redaktion.

Politische Neuorientierung der deutschen Juden

Von Georg Kareski

Berlin, 8. September. (JTA.) Herr Georg Kareski, Präsident der Jüdischen Gemeinde Berlin, den die Zentrumspartei auf ihre Berliner Reichstagskandidatenliste gesetzt hat, übergibt der Jüdischen Telegraphen-Agentur auf ihr Ersuchen das folgende Exposé, das die Überschrift „Politische Neuorientierung“ trägt:

Die Gegner des Judentums pflegen fast stets als Haupttrumpf gegen die Juden die Behauptung auszuspielen, die Juden wären traditionslos, allen Neuerungen kritiklos zugewandt, zersetzend, revolutionär. Wir Juden können über diesen Vorwurf nur immer wieder staunen. Was will es schon besagen, wenn in der Tat bei den politischen und sozialen Bewegungen der letzten Jahrzehnte vereinzelte Juden eine Rolle gespielt, einige wenige Juden sich auf wirtschaftlichem, auf künstlerischem und literarischem Gebiet als kühne Neuerer gezeigt haben! Der hervorstechendste Charakterzug der jüdischen Massen ist ja gerade das Gegenteil von dem, was unsere Gegner ihnen andichten, ist ein ausgesprochener Hang zum Festhalten am Überlieferten, tiefer Respekt vor der Tradition, ist konservativ im besten Sinne des Wortes. Ohne diesen in der jüdischen Seele tief verwurzelten Konservatismus hätte sich dieses Volk nicht durch zwei Jahrtausende ohne Staat, ohne Land, fast ohne Sprache erhalten können.

Wohl selten ist dieser Charakterzug stärker hervorgetreten als in der Haltung der deutschen Juden gegenüber den Problemen des deutschen politischen Lebens. In den Anfängen des deutschen Parlamentarismus durch Männer wie Lasker und Bamberger auf die liberale Seite geführt, hielten sie mit der ihnen eigenen Zähigkeit an dieser Frontstellung fest. Mochten die Nachfolger der großen liberalen Juden, die Eugen Richter, Heinrich Rickert, Theodor Barth auch manchmal Wege gehen, die ihrem politischen Instinkt, ihren Interessen als Glieder der deutschen Wirtschaft, vor allen Dingen aber auch ihren Zielen als Juden nicht entsprachen, die deutschen Juden stimmten allezeit treu für die einmal gewählte Partei. Nennenswerte Absplitterungen hat es höchstens nach links, zur Sozialdemokratie gegeben, nach rechts gingen höchstens ein paar weiße Raben.

Dieser Zustand änderte sich auch durch die deutsche Revolution grundsätzlich nicht. Zwar bekannte sich ein größerer Prozentsatz als früher zur Sozialdemokratie, ein kleiner zu den Kommunisten, aber die große Masse blieb der Nachfolgerin des Vorkriegs-Freisinns, der deutschen demokratischen Partei, treu, und auch in der deutschen Republik gab es rechts von den Demokraten nur einige jüdische Einzelgänger. Hier war sogar viel Unerfreuliches zu bemerken, denn jüdische Geldopfer für offene oder versteckte Hakenkreuzler scheinen doch zu wiederholten Malen erfolgt zu sein.

Niemals ist in diesen 12 Jahren die Frage grundsätzlich aufgerollt worden, ob dieser Zustand vom deutschen und vom jüdischen Standpunkt wünschenswert sei, und ob nicht eine veränderte Entwicklung auch veränderte Entscheidungen bedinge. Daß diese Frage nicht gestellt wurde, solange Männer wie Friedrich Naumann, Rathenau, Preuß an der Spitze der Demokraten standen, soll noch hingehen. War es aber wirklich nötig, auch unter den immer kleineren Geistern, die an ihre Stelle traten, diese Linie festzuhalten? Das demokratische Ideal, das die Juden, wie jede unterdrückte Gemeinschaft, auf ihre Fahne geschrieben hatten, war, soweit verfassungsrechtliche Formalien das überhaupt vermögen, verwirklicht. Daß den Juden trotzdem manche Kariere erschwert oder verschlossen war, daß der wirtschaftliche Antisemitismus immer stärker sich auswirkte, daß die Feindschaft gegen die Juden immer höhere Wellen schlug, hatte allerdings diese papierne Demokratie nicht verhindern können. Dazu hätte es einer freimütigen zähen Kritik im Parlament, einer starken Hand und eines zielbewußten Willens in der Verwaltung bedurft. Das alles beeinflußte die deutschen Juden als Wähler zu deutschen Parlamenten offenbar sehr wenig. Man ließ alles beim alten und würde auch diesmal wieder gut demokratisch gewählt haben, wenn — nicht plötzlich, wenige Wochen vor dem Wahltermin, die demokratische Partei Selbstmord verübt hätte. Es handelt sich um

jenen typischen Fall des Selbstmordes aus Angst vor dem Tode, denn mit mehr als 10—12 Mandaten wäre die Partei, die in der deutschen Nationalversammlung noch etwa 90 Abgeordnete zählte, zweifellos nicht wiedergekommen.

Diese Unterbrechung des normalen Entwicklungsganges kann für die deutschen Juden sich als eine höchst nützliche Sache erweisen, denn es zwingt sie, ihre Stellung zur deutschen Politik noch einmal durchzudenken. In den ersten Tagen nach der erfolgten Gündung der deutschen Staatspartei war im jüdisch-demokratischen Lager das Gefühl politischer Heimatlosigkeit ganz allgemein. Die Männer, die mit den Resten der Demokratischen Partei — ohne deren Arbeiterflügel — die neue Partei gründeten, kamen zum erheblichen Teil von ganz rechts, vom Antisemitismus, mindestens aber von einem wilden Nationalismus her, der den deutschen Juden ganz wesensfremd war. „Was bleibt uns übrig, als jetzt sozialdemokratisch zu wählen, obwohl wir Gegner des Sozialismus und der sozialdemokratischen Politik sind", konnte man immer wieder hören.

Soll das wirklich die Antwort der deutschen Juden auf eine von der Gunst der Stunde geschaffene Frage nach einer neuen Orientierung sein? Ich sage: Nein. Wer Sozialist ist, für den ist das keine Frage mehr. Werglaubt, daß die abgekämpften „Demokraten" in der Staatspartei die Kraft haben werden, sich neben den mit ganz anderer Aktivität ausgestatteten, straff organisierten Jungdoleuten führend zu behaupten, mag es mit der Staatspartei versuchen. Ich wende mich an die vielen deutschen Juden im Lande, die weder Sozialisten, noch Über-Optimisten in diesem Sinne sind, und rufe ihnen zu: Vergeßt das Zentrum nicht!

Ihr seid Republikaner, demokratisch, schwarz-rot-gold! Schön, alle diese Dinge sind beim Zentrum gut aufgehoben, vielleicht sogar noch besser, als bei den Herren Mahraun und Abel. Ihr wollt keine Politik des wirtschaftlichen Scharfrichtertums, sondern einen vernünftigen sozialen Ausgleich. Das Zentrum muß, schon im Hinblick auf seine Arbeiterwähler und seinen Mittelstand, eine Politik führen, die eine schrankenlose Herrschaft des Großkapitals nicht zuläßt. Ihr wollt Ruhe, Ordnung, heraus aus den ewigen Krisen. Diese Politik liegt in der Linie, die die Zentrumsführer seit Monaten mit einer in Deutschland lange entbehrten Energie einhalten. Ihr wollt keine Diktatur, dann schafft eine starke Regierung, die handeln kann, sonst ist die Diktatur, wie jeder politisch Sehende wissen muß, unvermeidlich. Eine starke Regierung ist aber nur möglich auf der Grundlage eines arbeitsfähigen Parlaments. Nichts ist aber ein schlimmeres Hemmnis für diese Arbeitsfähigkeit als die Parteien-Zersplitterung. Schafft die starke Mitte, wenn wir ohne schwersten Schaden aus der politischen und wirtschaftlichen Krise herauskommen sollen. Deklamieren ist gut, handeln ist besser! Fragt Euch, wie Ihr diesen Zielen besser dienen könnt, über die Staatspartei, deren Chancen auf 25 bis 35 Mandate geschätzt werden, oder über das Zentrum, diesen in allen Stürmen unerschütterlichen Block der Mitte, ohne den bestimmt weder rechts noch links regiert werden kann.

Und wenn Ihr Euch das als deutsche Staatsbürger klar gemacht habt, das wisset, daß Ihr als Juden bestimmt eine bessere Wahl nicht treffen könnt.

Das Zentrum war seit Windhorst allezeit ein Anwalt der unterdrückten Minderheiten, schon weil es selbst den Dornenweg einer solchen lange Jahre gegangen war. Seine religiöse Grundlage führt ganz von selbst dazu, die Rechte religiöser Gemeinschaften zu achten und zu schätzen. Es ist kein Zufall, daß das Zentrum nirgends und nimmer an antisemitischen Bestrebungen beteiligt hat. Wenn heute ein nennenswerter Teil der deutschen Juden zum Zentrum gehen würde, so bedeutet das für niemand ein Opfer des Intellekts. Niemanden wird eine Verleugnung seines jüdischen Standpunktes zugemutet, in voller Würdigung der Abweichungen soll und kann eine weitreichende Interessengemeinschaft geschaffen werden. Wenn das Zentrum mit aller Entschiedenheit immer wieder seine religiöse Einstellung betont, so richtet sich dies ganz unzweideutig gegen die Ausschaltung des religiösen Elements aus dem öffentlichen Leben und bedeutet keineswegs eine Gegnerschaft gegen eine andere gesetzlich anerkannte Religionsgemeinschaft. Mit diesem Motiv werden sich zahlreiche deutsche Juden restlos einverstanden erklären können, wie dies ja auch seit Jahren in der Zugehörigkeit einer Reihe religiös eingestellter Juden zum Zentrum zum Ausdruck gekommen ist. Die Parteigrenzen sind flüssiger geworden. Noch ist die Entwicklung schwer übersehbar. Mögen erhebliche Teile der deutschen Juden diese Gelegenheit ergreifen, um die Wahrung ihrer Interessen einer politischen Partei anzuvertrauen, an deren gutem Willen kein Zweifel sein kann, und die nach der Entscheidung am 14. September unter allen Umständen die Kraft haben wird, die politische Entwicklung bestimmend zu beeinflussen.

Staatspartei und jüdische Wähler

Anläßlich einer Pressekonferenz beim Central-Verein über die kommenden Reichstagswahlen gab Dr. Bruno Weil, der von der Staatspartei an aussichtsreicher Stelle im Wahlkreis Berlin als Kandidat aufgestellt wurde, folgende Erklärung über die Aufgaben eines jüdischen Abgeordneten im Reichstag ab:

„Die Aufgaben, die im kommenden Reichstag eines selbstbewußten jüdischen Abgeordneten warten, werden meines Erachtens ganz besonderer Natur sein und sie lassen es mir unabweisbar erscheinen, daß von Seiten der jüdischen Wähler alles geschieht, um den Einzug eines sich bewußt zum Judentum bekennenden Abgeordneten zu ermöglichen.

Ein außerordentliches Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen ist mit Sicherheit zu erwarten: damit werden sich judenfeindliche Zwischenfälle im Reichstage vervielfachen. Mehr oder minder ernstgemeinte Interpellationen werden gegen die deutschen Juden gerichtet werden. Anträge sind zu erwarten, die die mühsam erkämpfte Gleichberechtigung der deutschen Juden bedrohen und darauf abzielen, sie unter Fremdenrecht zu stellen.

Die Abwehr durch entschiedene und sachkundige Entgegnung eines jüdischen Abgeordneten wird daher nicht nur aus praktischer Erwägung notwendig sein, sie allein wird imstande sein können, das Ehrgefühl aller deutschen Juden zu beruhigen. In allen solchen Fällen würde ich selbstverständlich den Empfindungen, die jeden selbstbewußten Juden in solchen Situationen bewegen, entsprechenden Ausdruck verleihen und mir von meiner Fraktion die Ehrenstellung erbitten, antisemitischen Angriffen gerade als Jude entgegentreten zu dürfen.

Von besonderer Bedeutung wird nach meiner Meinung für das Schicksal der deutschen Juden die Frage der Mehrheitsbildung im Reichstag sein.

Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, daß ich niemals meine Zustimmung einer Koalition geben würde, in der sich Nationalsozialisten befinden.

Auch bei einer Reihe von praktischen politischen Fragen werden sich Arbeitsmöglichkeiten in großem Umfange eröffnen.

Die Strafrechtsform mit ihrer Frage des Schutzes der jüdischen Religionsgemeinschaften und der Möglichkeit der Abwehr von Kollektivbeleidigungen des deutschen Judentums ist im Flusse. Die Schächtfrage kann jeden Augenblick auch im Reich akut werden. Die Frage der Unterstützung jüdischer Körperschaften und dergleichen und ihre Gleichsetzung mit nichtjüdischen in bezug auf die Verwendung von Staatsmitteln wird offen vertreten sein.

Für mich als alten Demokraten ist das Prinzip der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz eine unbedingte Voraussetzung politischer Tätigkeit. Ihre restlose Durchsetzung für alle deutschen Juden zu erreichen, steht mir als besonders wichtige Aufgabe vor Augen; hierbei ist jede Differenzierung zwischen den innerjüdisch verschieden orientierten deutschen Juden unbedingt abzulehnen.

Es ist nicht anzunehmen, daß jüdische Fragen außerhalb der deutschen Grenzen im Reichstag eine besondere Rolle spielen werden. Soweit dieses aber der Fall sein sollte, werde ich mich gegen jede Entrechtung und Kränkung von Juden, wo auch immer sie geschehen wird, und wo sie um des Judentums der Betroffenen willen erfolgt, energisch zur Wehr setzen und auf die Beseitigung von Mißständen hinwirken.

Soweit vor dem deutschen Reichstage die Frage der in Deutschland lebenden nichtdeutschen Juden aufgerollt werden sollte, die ja im wesentlichen mehr zur Zuständigkeit der Länder gehört, werde ich die alte Central-Vereins-Tradition verfolgen und verteidigen: produktive Fürsorge wie im Arbeiterfürsorgeamt, Eingliederung in das gesamte Ausländerproblem, aber unbedingte Ablehnung jeder Ausnahmegesetzgebung gegen ausländische Juden.

Ich glaube, daß der gegenwärtige Moment mit seinen krisenhaften Zuständen und der unerhörten Wucht antisemitischer Angriffe der schlechteste wäre, um innerjüdische Streitigkeiten auszutragen. Diese müssen jetzt völlig beiseite bleiben. Das deutsche Judentum und insbesondere die Berliner Juden, in deren Hände die Entscheidung gelegt ist, müssen unter Zurückstellung aller Einzelwünsche und kleinlichen Bedenken, und soweit sie nicht auf einem parteipolitisch völlig anderen Standpunkt stehen, alle verfügbaren Kräfte zusammenraffen, um wenigstens einen bürgerlichen jüdischen Abgeordneten in den Reichstag zu bringen."

* * *

Im Verlauf dieser Pressekonferenz gab Dr. Wiener u. a. auch folgende interessante Tatsachen bekannt:

Die Deutsche Volkspartei hat durch ihren Reichsgeschäftsführer Staatssekretär z. D. Kempker erklärt, eine Koalition mit der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei nicht eingehen, diese sogar bekämpfen zu wollen. Dieser angekündigte Kampf ist nach Auffassung des Referenten schon deutlich spürbar. Die Wirtschaftspartei betätigt sich nicht nur in Erklärungen, sondern auch in der Praxis nicht judenfeindlich.

Sozialdemokratie und Judentum

Wir haben Herrn Dr. Epstein gebeten, für die Sozialdemokratische Partei das auszusprechen, was sie dem jüdischen Wähler zu sagen hat.

Sehr verehrte Redaktion!

Sie haben sich an mich als ein altes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei gewandt mit dem Ersuchen um Stellungnahme zu dem bevorstehenden Wahlkampf. Sie taten es, weil Sie auch Mitgliedern anderer Parteien das Wort erteilt hatten und die Parität wahren wollten. Ich glaubte mich dieser Aufforderung nicht versagen zu dürfen, auch wenn sie erst in letzter Stunde erfolgt ist und ich der Ansicht bin, daß verantwortliche Wähler die Entscheidung bereits getroffen haben.

Die Verantwortung ist aber dieses Mal besonders groß, weil von der Zusammensetzung des künftigen Reichstages die für das ganze Volk entscheidende Frage abhängt, ob auf dem Wege der Demokratie fortgeschritten wird oder die Diktatur, wenn auch nur vorübergehend, zur Herrschaft gelangen soll.

Dieser für Außen- wie Innenpolitik so bedeutungsvollen Frage gegenüber erscheint es mir wesenlos, darüber zu streiten, ob es zweckmäßig ist, daß eine Reihe jüdischer Abgeordneter dem Parlamente angehört, um besondere jüdische Belange zu vertreten. Nichts kann dem Volksganzen mehr schaden als eine Zersplitterung in Sonderinteressen.

Wenn darauf hingewiesen wird, daß die Staatspartei Herrn Dr. Weil an dritter Stelle der Berliner Liste, das Zentrum den Präsidenten der Berliner jüdischen Gemeinde Herrn Georg Kareski an die zehnte Stelle und die Deutsche Volkspartei Herrn Arthur Lehmann an die sechzehnte Stelle der Reichsliste gesetzt haben, so erscheint mir diese Placierung ebenso ehrenvoll als aussichtslos zu sein. Ich weiß nicht, wieviel Juden auf der Liste der Sozialdemokratischen Partei und an welcher Stelle sie stehen. Ich habe mich darum nie gekümmert, weil wir Sozialdemokraten auf dem Standpunkt stehen, daß nicht die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft oder zu einer Rasse bestimmend sein darf für die Auswahl zur Volksvertretung, sondern die weltanschauliche Einstellung des Abgeordneten.

Katholizismus, verkörpert in dem Zentrum, Sozialismus vertreten durch die Sozialdemokratie, Demokratie repräsentiert durch die soeben entschlafene Demokratische Partei sind Weltanschauungen, für die sich der Wähler entscheiden muß. Aufrechte Demokraten sind der Sozialdemokratie beigetreten. Kommunismus und Nationalsozialismus haben sich durch die Proklamierung der Gewalt ihres Rechtes auf parlamentarische Wirksamkeit begeben. Sollen wir auch der Deutschnationalen Partei oder der Deutschen Volkspartei eine Weltanschauung zubilligen, so doch nur die der Verehrung des Privateigentums und des ihn schützenden Kapitalismus.

Welches die Weltanschauung der Staatspartei ist, ist wohl heute nicht zu ergründen, daß die Verbindung mit dem zwar „asemitischen", jedoch nicht oder vielmehr nicht mehr antisemitischen Jungdo für die jüdischen Mitbürger besondere Anziehungskraft besitzen wird, erscheint mir nicht wahrscheinlich. Daß das Zentrum oder in Bayern sein Ableger, die Bayerische Volkspartei, die das Verdienst hat, die Nationalsozialistische sogenannte Arbeiterpartei großgezogen zu haben, eine besondere Lockung bietet, wird wohl niemand behaupten.

Daß hinter diesen Weltanschauungen mächtige wirtschaftliche Kräfte stehen, ist dem politisch Denkenden kein Geheimnis. Allen bürgerlichen Parteien ist gemeinsam die Vertretung privatwirtschaftlicher kapitalistischer Interessen, das Zentrum nicht ausgenommen, das es verschmäht hat, mit den Sozialdemokraten zu regieren, und Deckung unter den Rechtsparteien bis in die Nähe Hugenbergs gesucht hat und das sich nicht gescheut hat, die Interessen seiner Arbeiterwähler den Interessen des Großkapitals zu opfern. Diejenigen jüdischen Volksgenossen, die sich berufen fühlen, das Kapital zu schirmen, werden sich einer dieser bürgerlichen Parteien anschließen. Ob sie damit ihren eigenen Idealen oder auch nur ihren eigenen Interessen dienen, ist eine andere Frage. Glaubt jemand, daß eine der reaktionären bürgerlichen Parteien trotz aller Wahlversprechungen sich davor scheuen wird, selbst mit den Nationalsozialisten Hand in Hand zu gehen, wenn es sich darum handelt, zur Macht zu gelangen? Ist es nicht die Deutsche Volkspartei, die das Regieren des Herrn Dr. Frick in Thüringen ermöglicht?

Es wäre vielleicht nicht uninteressant, besonders in Bayern die jüdischen Mitbürger an die Zeiten des Jahres 1923 zu erinnern und die Frage aufzuwerfen, welche Partei, welche Presse ihnen Schutz gewährt hat. Nicht aus Liebe zum Judentum, sondern aus Liebe zur Gerechtigkeit, nicht aus irgendwelchen Interessen, sondern aus der Grundanschauung der Sozialisten über die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.

Es ist kein Zufall, daß eine Reihe hervorragender Juden auch hervorragende Vertreter des Sozialismus gewesen sind. Es liegt tief in der Seele des Judentums begründet, daß es stets bereit war, die Unterdrückten zu stützen, den Armen zu helfen, den Schwachen beizustehen. Es ist kein Zufall, daß in der hebräischen Sprache Wohltun und Gerechtigkeit in einem Worte vereint sind. Die Weltanschauung der Juden ist begründet in der Erwartung der messianischen Zeit, in der an Stelle der Unterdrückung Freiheit, an Stelle des Hasses Liebe herrscht.

Will der Sozialismus etwas anderes?

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. M. Epstein.

Kulturschande des Antisemitismus

Auf Veranlassung der Deutschen Liga für Menschenrechte haben hervorragende Deutsche folgenden Aufruf veröffentlicht:

„An das deutsche Volk! Die schwierige wirtschaftliche Lage wird von unverantwortlichen Elementen dazu benützt, eine schamlose antisemitische Hetze zu entfalten, die sich in letzter Zeit so gesteigert hat, daß offen Pogrome angedroht werden. Das Bestreben, eine besondere Schicht des deutschen Volkes für die wirtschaftliche Depression verantwortlich zu machen, muß von jedem anständigen Menschen auf das allerschärfste zurückgewiesen werden. Jedem Staatsbürger bleibt es unbenommen, frei und offen seine Ansichten auszusprechen, aber die Demagogie, mit der z. B. die nationalsozialistische Presse Tag für Tag arbeitet, ist eine Kulturschande ersten Ranges. Gegen diese Kulturschande erheben die Unterzeichneten ihre Stimme, weil sie nicht mitschuldig werden wollen an der infamen Verunglimpfung der Juden.

Sie machen auf die in der Reichsverfassung jedem Staatsbürger gewährleisteten Rechte aufmerksam und fordern die Regierung auf, den angegriffenen Volksteil im Sinne der Reichsverfassung zu schützen. An das gesamte deutsche Volk appellieren die Unterzeichneten aber, sich von der kulturwidrigen antisemitischen Hetze abzuwenden. Deutschland ist heute das einzige große Land, wo diese Art von Antisemitismus überhaupt noch Boden hat. Sowohl im bolschewistischen Rußland wie im faschistischen Italien, ganz abgesehen von Frankreich, England oder Amerika, wird jede Gewalttätigkeit gegen Juden auf das entschiedenste abgelehnt. Erst kürzlich hat der italienische Ministerpräsident Mussolini erklärt, daß er den Antisemitismus innerhalb der faschistischen Bewegung weit von sich weise und sich keinesfalls mit der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland identifiziere. Eine mit den schlimmsten Terrormethoden arbeitende Minderheit darf nicht das deutsche Volk unter das Niveau der anderen großen Völker herabdrücken.

Darum rufen die unterzeichneten Männer und Frauen, welche der jüdischen Religionsgemeinschaft nicht angehören, gegen diese Kulturschande des Antisemitismus auf.

Dr. Georg Graf Arco, Prof. Dr. Baumgarten, Gertrud Bäumer, M. d. R., Pfarrer August Bleier, Oberbürgermeister Brauer-Altona, Generalmajor a. D. v. Bresler, Arthur Crispien, M. d. R., B. von Deimling, General a. D., Prof. Dr. Martin Dibelius, Hans Eder-München, M. d. R., Kaplan Fahsel, Pastor Emil Felden, Reichsminister a. D. Dr. Gothein, Staatsminister Grimme, Regierungspräsident Dr. Hausmann, Dr. Gerhart Hauptmann, Geheimrat Prof. Dr. Holde, Stadtpfarrer E. Lamparter, Prof. Dr. h. c. Thomas Mann, Senator Dr. Nöldecke, Bürgermeister Dr. Petersen, Staatsminister a. D. Rönneburg, Reichsminister a. D. Carl Severing, Oberpräsident Stehr, Freiherr von Schoenaich, Prof. Levin L. Schücking, Prof. Walther Schücking, Prof. v. Schulze-Gaevernitz, Pater Franziskus M. Stratmann O. P., Domherr Karl Ulitzka, Prof. Dr. Veit Valentin, Prof. Dr. Konrad Ziegler, Landgerichtspräsident Dr. Hans Zint.“

Die Tagung der Jewish Agency

Berlin, 2. September. (JTA.) In der Sitzung vom 31. August vormittags wurde die allgemeine Aussprache fortgesetzt.

In der Nachmittagssitzung vom Sonntag referiert Dr. Senator über das Budget, Ussischkin über die Bodenfrage, sodann spricht Judge Lewis (Amerika) über die Probleme des Allied Jewish Campaign. Darauf wird die Sitzung geschlossen und es beginnen die Kommissionsberatungen.

Berlin, 2. September. (JTA.) In der Vormittagssitzung vom 2. September wurden vier von der Politischen Kommission vorgelegte Resolutionen angenommen. In der ersten wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die britische Regierung in Übereinstimmung mit Artikel 4 des Palästina-Mandates und in Berücksichtigung des von der Exekutive der Jewish Agency unterbreiteten Memorandums über die Entwicklung des Jüdischen Nationalheims nach Erhalt des Berichtes von Sir John Hope Simpson ein konstruktives Programm zur Beschleunigung und Sicherung des jüdischen Palästina-Aufbaus im Geiste und nach dem Buchstaben des Mandates entwerfen wird. Das Administrative Committee erklärt seine volle Bereitschaft zu tätiger Mitwirkung an der Ausführung eines

solchen Programms. Die zweite Resolution begrüßt es, daß die Mandatskommission des Völkerbundes die Notwendigkeit einer aktiven dynamischen Politik für die Entwicklung Palästinas seitens der Mandatarmacht betont hat und erklärt, es seien in Übereinstimmung mit Artikel 2 des Mandates die politischen, ökonomischen und administrativen Bedingungen zu schaffen, welche für die Errichtung des Jüdischen Nationalheims erforderlich sind. Die dritte Resolution bekräftigt das im Juni 1930 vom Political Committee erlassene Statement, während die vierte die baldmöglichste Errichtung eines eigenen Departements der Palästina-Exekutive für Verständigung mit den Arabern empfiehlt.

Das Administrative Committee nahm fünf Anträge der Organisationskommission an. Der erste Antrag betrifft den Ausbau der Jewish Agency; die Exekutive wird aufgefordert, für den systematischen Ausbau der Jewish Agency in der Weise zu wirken, daß die Zionistische Organisation ihre Grundlagen befestigt und ihren Mitgliederbestand vergrößert und daß Anstrengungen gemacht werden zur Heranziehung weiterer nichtzionistischer Kreise zu den Arbeiten der Agency. Zionisten und Nichtzionisten müssen energisch an der Beschaffung von Mitteln für Keren Hajessod mitwirken. Der zweite Beschluß betrifft die Vorbereitung der Council-Tage und die Bestellung von Vertretern im Council gemäß § 5 der Agency-Verfassung. Im dritten Beschluß wird die Exekutive aufgefordert, Bericht und Vorschläge betreffend einer Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen und halböffentlichen Wirtschaftsunternehmungen in Palästina und der Jewish Agency im Sinne einer Koordinierung der Arbeiten und einer Kooperierung zu unterbreiten. Der vierte Beschluß betrifft Übertragung von Funktionen der Jewish Agency an die Knesseth Israel durch Gründung einer gemeinsamen Institution zur Übernahme der Leitung der Erziehungsangelegenheiten, mit Beginn des Jahres 5692 sowie die Arbeiten der gemeinsamen Kommission der Jewish Agency und des Waad Leumi betreffend Gesundheitswesen. Der fünfte Beschluß betrifft Administrative Committee und Exekutive und bestätigt den Beschluß des Committee vom März 1930 mit der Maßgabe, daß diese Bestimmung bis zur nächsten Sitzung des Council in Kraft bleibt.

Berlin, 3. September. (JTA.) In der Sitzung des Administrative Committee der Jewish Agency am Dienstag, dem 2. September nachmittags, wurde zunächst das Budget erledigt, die Vorschläge der Budgetkommission, die auf eine Verminderung des vom zionistischen Aktions-Komitee angenommenen Budgets in Höhe von 832 000 Pfund auf 665 000 hinauslaufen, wurden angenommen, wobei die Vertreter der Arbeiterparteien, die gegen die Herabsetzung gewisser Budgetposten waren, sich der Stimme enthielten.

Das Budget enthält u. a. folgende Posten:

Palästina-Exekutive £ 21 000.—, Exekutive in London £ 18 000.—. Medizinische Arbeiten: Hadassah £ 73 000.—, Kupath Cholim £ 13 000.—) £ 86 000.—. Erziehungswesen: (Allgemeines Erziehungs-Budget £ 72 300—, Technikum £ 4 500) £ 76 800.—. Religiöse Angelegenheiten £ 2 000.—, Landwirtschaftliche Versuchsstation £ 12 000.—, Landwirtschaftliche Kolonisation £ 94 650.—, Zusatzbudget für landwirtschaftliche Kolonisation £ 120 000.—, Immigrations- und Arbeitsdepartement £ 32 000.—. Schuldentilgung £ 145 000.—.

Das Zusatzbudget für landwirtschaftliche Kolonisation darf erst im zweiten Halbjahr zur Auszahlung kommen. Sollten bis dahin die durchschnittlichen monatlichen Eingänge nicht die Höhe von £ 55 000.— erreicht haben, so sind an allen Ausgaben, die es irgend zulassen, entsprechende Kürzungen vorzunehmen. — Auf keinen Fall dürfen neue Schulden aufgenommen werden.

Es wurde ferner beschlossen, von dem Verwaltungsbudgetposten im Budget 10 Prozent abzuziehen und die also gewonnene Summe von etwa 10 000 Pfund wie folgt zu verwenden: 4000 Pfund für Alijah, 3000 Pfund für Hachscharah und 3000 Pfund für Waad Hatarbuth.

Hinsichtlich der Schuldentilgung nahm das Plenum eine Resolution der Budgetkommission an, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß das vorliegende, lediglich auf die notwendigsten, zwangsläufigen Bedürfnisse beschränkte Budget nicht tragbar ist, wenn nicht gleichzeitig der Weg für neue Kolonisationsarbeit freigemacht wird. Es müßten darum die vorhandenen Schulden getilgt werden. Das Administrative Committee begrüßt daher die in der Rede des Präsidenten Warburg angedeutete Möglichkeit, außerhalb der regulären Einkünfte eine Refundierung der vorhandenen Schulden durchzuführen und bittet den Vorsitzenden und die Kreise, die mit ihm an diesem Plan gearbeitet haben, ihre Bemühungen in dieser Richtung weiter zu verfolgen. Zu diesem Zweck setzt das Committee eine Sonderkommission ein.

Es wurde auch über ein Zusatzbudget für landwirtschaftliche Kolonisation ein Beschluß gefaßt, demgemäß das Administrative Committee die Exekutive anweist, alle über den Betrag von 400 000 Pfund eingehenden Gelder für das landwirtschaftliche Kolonisationsbudget zu verwenden.

Betreffend Einwanderung beauftragt das Committee die Exekutive Mittel und Weg zu suchen, um die über das Budget hinaus benötigten Mittel für die Einwanderung zu beschaffen.

Hinsichtlich der Ansiedlung von 1000 Familien wird, entsprechend dem Wunsche des Präsidenten des Administrative Committee die Permanente Finanz- und Wirtschaftskommission der Jewish Agency ersucht, der geplanten Ansiedlung von 1000 Familien, die im Rahmen der Arbeiten der Jewish Agency erfolgen soll, ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Kommission soll sich mit allen an diesem Plan interessierten Instanzen in Verbindung setzen, um die schnellste Ausführung dieses Projektes durchzusetzen.

Bezüglich des Drive in Amerika nimmt das Administrative Committee die Erklärung der Vertreter der verschiedenen Gruppen in Amerika über Organisation und Möglichkeiten eines neuen Drive zur Kenntnis und bittet den Präsidenten der Jewish Agency und des Präsidenten des Administrative Committee, gemeinsam mit den amerikanischen Gruppen dieser Frage baldmöglichst ernsteste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Nach einer Sitzungspause trat das Plenum des Administrative Committee in die Schlußberatungen ein. Nahum Sokolow wurde zum Ehren-Vizepräsidenten der Jewish Agency gewählt (Ehrenpräsident ist bekanntlich Lord Rothschild). Die Mitteilung wurde mit Beifall aufgenommen.

In die Exekutive der Jewish Agency wurden gewählt: von zionistischer Seite Professor Selig Brodetsky, Rabbi Meir (Berlin), Dr. Arthur Ruppin und Colonel F. H. Kish; von nichtzionistischer Seite Professor Hexter, Dr. Bernhard Kahn, Dr. Werner Senator und Julius Simon. Die Wahl erfolgte einstimmig.

Der Präsident des Administrative Committee

Herr Felix M. Warburg hielt nun die Schlußansprache. Er gab einen Überblick über die während der dreitägigen Session geleistete ernste und gründliche Arbeit im Plenum und in den Kommissionen und dankte den Mitgliedern des Administrative Committee für die Unterstützung, die sie ihm zuteil werden ließen. Er erteilte nun das Wort dem Präsidenten der Jewish Agency Dr. Weizmann, der ausführte, er gebe dem Wunsche aller Ausdruck, wenn er dem Vorsitzenden Herrn Felix M. Warburg für die mit so viel Hingegebenheit und Geschick geleitete Tagung den Dank ausspricht. (Langanhaltender Beifall.)

Mit tiefer Genugtuung, fuhr Dr. Weizmann fort, könne er feststellen, daß auf dieser zweiten Tagung des Administrative Committee der Jewish Agency sich keinerlei Kluft zwischen dem zionistischen und dem nichtzionistischen Teil der Agency bemerkbar machte. Die Abstimmungen vollzogen sich nicht nach geschlossenen Fronten, sondern Zionisten und Nichtzionisten stimmten, je nach der persönlichen Überzeugung des Einzelnen, für gewisse Anträge, für die andere Zionisten und Nichtzionisten, wiederum aus persönlicher Überzeugung, nicht eintreten konnten. Dr. Weizmann schloß mit dem Wunsch nach einer vergrößerten Organisation, nach mehr Land, mehr Arbeit und größeren Resultaten.

Zur Bildung der Jewish-Agency-Exekutive

Berlin, 7. September. (JTA.) Über die Vorgeschichte der Bildung der Exekutive der Jewish Agency, die aus den vier Zionisten Prof. Brodetsky, Rabbi Meir Berlin, Dr. Arthur Ruppin und Colonel Kisch, und aus den vier Nichtzionisten Dr. Bernhard Kahn, Prof. Hexter, Dr. Werner Senator und Julius Simon besteht, berichtet die „Jüdische Rundschau“ u. a.: Das Problem, die nichtzionistischen Mitglieder auf vier zu reduzieren, war kein leichtes. Zur Wahl standen folgende Herren: Sokolow, Brodetsky, Rosenblüt, Kisch, Ruppin, ferner der Vertreter des Misrachi, Rabbi Meir Berlin, und die zwei Vertreter der Arbeiter, Kaplansky und Sprinzak. Wollte man an dem Prinzip der Koalition festhalten, so stand fest, daß ein Misrachist (Berlin) und ein Linker (Kaplansky oder Sprinzak) bleiben müssen; ferner ist unerläßlich Kisch als politischer Vertreter der Jewish Agency in Palästina; über die Verdienste Sokolows, der heute als ein Altmeister des Zionismus und vom Volke verehrter Führer dasteht, ist kein Wort zu verlieren. Die Verhandlungen mit dem Kolonialamt in London liegen zum großen Teil in den Händen von Brodetsky, der hierzu einen legitimierenden Status haben muß; und schließlich Ruppin, der Leiter der Kolonisation, erscheint unentbehrlich, insbesondere zur Lösung der Probleme der nächsten Zeit, die mit dem erwarteten, auf Simpsons Bericht beruhenden konstruktiven Siedlungsprogramm der englischen Regierung zusammenhängen. Aus diesen sechs galt es nun, die Wahl zu treffen, und nicht nur den Parteipolitiker, sondern jeder Zionist wird ohne weiteres verstehen, wie schwierig und peinlich diese Aufgabe gewesen ist. Der Ausweg, der schließlich gefunden wurde, kann niemanden restlos befriedigen. Es gibt für ihn nur die eine Rechtfertigung, die unerbittliche Zwangslage, vor der man stand. Was zunächst Sokolow betrifft, so war es sicherlich ein richtiges Gefühl, daß diesem Mann ein besonderer Rang gebührt. Auch ist er einer der Väter der Balfour-Deklaration und eine Figur von internationalem Status, gleichzeitig einer der Väter der Agency. Wenn das Administrativkomitee ihn unter großem Beifall zum Ehren-Vizepräsidenten der Jewish Agency ernannte, so wird ihm ein Platz unmittelbar nach dem Schöpfer eines großen Teiles des heutigen jüdischen Palästinas, nach Baron Edmund Rothschild, zugewiesen. Nach Lage der Dinge stellte es sich heraus, daß nur der Ausweg übrig blieb, daß entweder Ruppin oder der Vertreter der Arbeiter auf seinen Platz verzichte. Die Arbeiterpartei gab ein Muster der Selbstlosigket, indem beide Arbeitervertreter aus der Exekutive ausschieden, um Ruppin in der Exekutive zu erhalten. Das Ausscheiden Felix Rosenblüths, das nach der Sachlage unvermeidlich war, wird nicht nur von den deutschen Zionisten, denen er entstammt, bedauert werden, sondern von allen Zionisten und Nichtzionisten, die seine Arbeit schätzen lernten. Er erhebt sich nun die Frage, was aus der „zionistischen“ Exekutive werden soll. Denn nach dem zionistischen Statut bleiben alle zwölf Mitglieder, die der Züricher Kongreß gewählt hat, bis zum nächsten Kongreß verantwortlich für die zionistischen Geschäfte. Der nächste Kongreß wird auf Grund der Erfahrungen der zwei Jahre über die Gestaltung der zionistischen Organe und ihr Verhältnis zur Agency zu beraten haben.

Die Reihe der Nichtzionisten wurde, da Pinchas Rutenberg nicht weiter in Betracht kam, um Dr. Bernhard Kahn vermehrt. Dr. Kahn, schreibt die „J. R.“, ist den deutschen Zionisten kein Fremder. Wenige jüdische Persönlichkeiten genießen in Europa eine ähnliche Popularität wie er. Er hat sich um die Organisation des konstruktiven Hilfswerks in Osteuropa die größten Verdienste erworben. Seine sachlichen Erfahrungen, seine profunde Kenntnis des jüdischen Lebens, sowie seine besonnene und konziliante Natur lassen diese Persönlichkeit als bedeutenden Gewinn der Exekutive erscheinen. Neben ihm sind noch zwei der nichtzionistischen Exekutivmitglieder aus der Joint-Bürokratie hervorgegangen: Dr. Hexter und Dr. Senator. Beide sind jüngere Kräfte von großen Fähigkeiten, deren Arbeit man mit Erwartung entgegensieht. Der vierte „Nichtzionist“, Julius Simon, ist eine historische Figur der Zionistenkongresse. Er hat sich in Amerika der Brandeis-Gruppe verbunden. Ob und wann Julius Simon tatsächlich nach Palästina übersiedelt, um dort aktiv an der Leitung teilzunehmen, ist bisher unbekannt; er wird im nächsten Winter zunächst auf einige Monate Palästina besuchen.

Die neue Exekutive, schließt die „J. R.“, die dem Präsidenten der Jewish Agency, Dr. Weizmann, nun zur Seite steht, übernimmt eine Fülle von Aufgaben, die arbeitsreichen und ermüdenden Sitzungstage aber haben das Band zwischen allen in der Agency vertretenen Gruppen wieder enger geschlungen und die Vorbereitungen für intensivere Arbeit geschaffen.

Die zionistischen Linken und die neue Exekutive der Jewish Agency

Erklärung der Mitglieder der Arbeiterparteien im zionistischen Aktionskomitee und im Administrative Committee der Jewish Agency

Berlin, 8. September. (JTA.) Die Mitglieder der Arbeiterparteien im Zionistischen Aktionskomitee und im Administrative Committee der Jewish Agency erlassen die folgende Erklärung:

Nachdem die Tagung des Administrative Committee der Jewish Agency in Berlin beendet wurde, bei Annahme eines Budgets, für das die Arbeiterfraktion nicht stimmte, und unter Schaffung einer Leitung, an der die Arbeiter nicht beteiligt sind,

DER AUFSTAND

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

30. Fortsetzung

„Dazu mußte ich mehr als fünfhundert Meilen wandern, aus dem tiefen Ungarn?“

„Nicht streiten, Brüder! Laßt uns lieber etwas singen! Wo ist der Lehrer aus Mlawa?“

Der Lehrer, ein großer, hagerer Mann, trat aus dem Kreise hervor und begann mit einer vollen, tiefen Stimme, die seine ausgemergelte Gestalt nie hätte vermuten lassen:

„Siedzi Krakus pod drzew cieniem,
Kosa przy nim lezy;
Z czola splywa pot strumieniem,
A krew na odziezy.“

Die anderen hatten sich um ihn geschart und wiederholten:

„Z czola splywa pot strumieniem,
A krew na odziezy.“

Bei den anderen Feuern erhoben sich Schatten und kamen näher.

Mordechai schob sich leise aus dem Kreise, um neuen Ankömmlingen Platz zu machen. Wirzbicki folgte ihm. Schweigend schritten sie durch die kauernden Menschengruppen, die wie ausgegrabene Baumwurzeln aus dem Boden starrten.

Komarowski sprengte auf seinem Schimmel an Mordechai vorüber. Plötzlich machte er wieder kehrt und sagte:

„Ich habe einen Gruß für dich, Alter, von Frau Felicia.“

„Herr Oberst haben einen Brief von ihr erhalten?“

„Sie war soeben hier im Stab, mit einer Nachricht. Ich habe sie zur Grenze begleitet.“

Komarowski übergab Mordechai sein Pferd. Die Schimmelstute dampfte. Mordechai nahm seine Decke, breitete sie über den feuchten Rücken des Pferdes und führte es in den Stall.

Wirzbicki schlief bereits. Auf allen Vieren kroch Mordechai mühsam in den Unterschlupf. Feuchte Wärme schlug ihm ins Gesicht. Er legte sich ins Stroh...

Abgerissene Töne erzählten von Mieroslawski. Länger als ein Vierteljahrhundert hatte der Diktator seinen Traum genährt und mit ihm ganze Reiche bedroht. Und als er die Grenze überschritt, um den Traum zu verwirklichen, da überrumpelte ihn der Feind... Verlassen, vergessen steht Mieroslawski auf dem weiten Feld, umhalst sein Roß und weint...

MARYAN LANGEWITSCH

Leise öffnete Langewitsch die Tür seines Zimmers; er wollte sehen, ob sein Stab schon schlief. Die Offiziere lagen auf den Tischen, auf dem Boden, in den Sesseln. Der wachhabende Adjutant saß bei der Eingangstür in einem Polsterstuhl, den Kopf zurückgebeugt, mit offenem Munde. Im gleichen Takt mit seinen tiefen Atemzügen hob und senkte sich die Konfederatka, die ihm über das rechte Ohr gerutscht war.

Langewitsch kehrte in sein Zimmer zurück und schloß behutsam die Tür mit dem angenehmen Gefühl, daß ihm niemand nachspüren würde. Er setzte sich an den Tisch, auf dem eine brennende Kerze langsam zerschmolz, und begann, zunächst im Kopfe, die „Kasse“ durchzugehen, die er ständig bei sich auf der Brust trug; dann zog er ein kleines Notizbuch hervor, in welchem alle Einnahmen und Ausgaben verzeichnet waren, und überprüfte jede Quittung und jedes Blatt, das tagsüber eingelaufen war. Die Kasse vertraute er niemanden an; Nacht für Nacht zählte er sie nach, indem er säuberlich eine Banknote über die andere legte. Die Franken, Kronen und polnischen Gulden wuchsen zu Paketen und Langewitsch verwandelte wie ein Alchimist die Pakete in Gewehre und Munition; und es kam öfters vor, daß er, wenn die Finanzlage erörtert wurde, den Bericht erstattete: Die Kasse verfügt über so und so viele Gewehre.

Er schob die Banknoten in die Leinentasche, die er wieder um die Brust hing, und begann die Nachrichten durchzusehen, die im Laufe des Tages über die Bewegungen des Feindes eingelaufen waren. Er breitete eine Landkarte auf den Tisch auf und machte einige Einzeichnungen; sein Entschluß war bald gefaßt: Wir können ruhig in Gosci bleiben. Bis der Feind hier ist, vergehen noch drei oder vier Tage. Schlimm ist nur, daß die Verpflegung von Tag zu Tag schlechter wird. Alle Dörfer in der

Umgebung sind schon leer, bei den Bauern wurden Kartoffeln, Mehl und Vieh requiriert. Vielleicht hat Jezioranski doch recht, Langewitsch stand auf und begann im Zimmer auf- und abzugehen, eine Armee, die keine Bewegungsfreiheit hat, wird stets schwer zu verpflegen sein. Das würde bedeuten, die Armee in einzelne Gruppen aufzulösen; vielleicht würde das den Aufstand noch aufrechterhalten, ihn um einen oder zwei Monate verlängern ;aber schließlich muß es sicher zur Katastrophe führen. Rußland konzentriert immer mehr Truppen; allmählich wird es jedes Dorf, jedes Wäldchen besetzen und eine Gruppe nach der andern vernichten. Eine geschlossene Armee aber, die einen Stab hat, das ist gewissermaßen eine Adresse. Hilfe wird ja doch kommen, muß kommen. Frankreich ist für ein freies Polen zwischen Deutschland und Rußland, freilich nicht so sehr um des freien Polen als um seiner selbst willen. Wollen denn wir Polen ein freies Polen? Nein. Winnicki hetzt, Jezioranski ist neidisch und demoralisiert die Armee. Czechowski schweigt zwar, doch er kann sich jeden Tag lossagen und mit seinem Regiment abmarschieren. Mit einer solchen Armee Diktator werden? Und da heißt es schnell handeln, sonst reißt Mieroslawski morgen die Herrschaft an sich! Dieser Demagoge hat ja schon ganz Gosci mit seinen Proklamationen überschwemmt! Und Warschau schweigt — seit mehr als einer Woche ist keine Nachricht eingetroffen; und dieser Graf Grabowski fängt mir an zu mißfallen. Am Ende wird er ein Bubenstück in Szene setzen, bei dem der Gedanke des freien Polen aufs Spiel gesetzt wird. Und daß die Magnaten um jeden Preis einen Diktator haben wollen, gibt auch zu denken; sie wollen wohl alle polnischen Truppen in einer Hand konzentrieren, um sie sämtlich dem Feinde in die Hände zu spielen und so dem Aufstand mit einem Schlage ein Ende zu bereiten. Das könnte ihnen auch gelingen; gelingt es aber nicht — die Geschichte kennt solche Beispiele — so wird jeder Magnat baumeln.

Müde ließ sich Langewitsch wieder am Tische nieder. Er zog seine Uhr, zwölf vorbei. Langewitsch fühlte ein Unbehagen; es verdroß ihn, daß Henryka ihn so lange allein ließ. Weit über eine Stunde ist es her, seit sie mit Czechowski in die Stellung ging. Hielte wenigstens Henryka zu mir! Daß es jetzt etwas wie eine Armee in Gosci gibt, ist nur ihr zu verdanken! Sie hat mich zur Vereinigung mit Jezioranski gedrängt. Und schließlich kommen alle Freiwilligen, die sich Tag um Tag melden, nur um ihretwillen! Von Henryka spricht doch jetzt schon ganz Polen!

Schwer sank Langewitschs Kopf auf seine schmale Brust. Der Schlaf versetzte auch Langewitsch in eine andere Welt, wo der Feind vernichtet und Polen frei war; und Henryka, von strahlender Glorie umflossen, hob die „Diktatur" auf, die vor seinen Füßen lag, und setzte sie ihm aufs Haupt.

Plötzlich sprang Langewitsch vom Stuhl auf, griff nach seinem Revolver und stürzte zur Tür, bei der sich Stimmenlärm erhoben hatte.

Mitten im Zimmer stand Czechowski, eine Reitgerte in der Hand und hielt mit dem bloßen Blick seiner grauen Wolfsaugen die Offiziere in Schach, welche hitzig, mit drohend erhobenen Revolvern auf ihn losstürzen wollten.

„Was geht da vor? Was ist geschehen?" rief Langewitsch.

Niemand hörte die Frage. Czechowski ließ sich ebenfalls nicht irre machen:

„Schweine hüten soll der Kerl, nicht Uniform tragen! Wer Wache hat, darf nicht schlafen! An Langewitschs Stelle würde ich euch alle zum Teufel jagen, Schweine hüten lassen!"

„Herr Oberst haben kein Recht, mich zu schlagen!" entgegnete der Adjutant totenbleich.

„Ich hätte das Recht dich zu erschießen!" Czechowski achtete auf jede Bewegung, jede Wendung der Offiziere, und sein Blick lähmte sie geradezu. „Ein Soldat darf auf Posten nicht schlafen! Und da wagt der Kerl noch zu widersprechen! Halt's Maul!"

Kaltblütig schritt er durch die Gruppe der Offiziere, dann warf er einen finsteren Blick auf Langewitsch, als wollte er ihn für alles verantwortlich machen, und verließ das Zimmer.

Jetzt erst machte sich der niedergehaltene Ärger der Offiziere Luft:

„Wofür hält er uns eigentlich?"

„Müssen wir uns beleidigen lassen?"

„Darf er die Hand gegen einen Gleichgestellten erheben?"

„Wir dürfen nicht schweigen!"

„Essen kriegen wir keines!"

„Schlafen dürfen wir nicht!"

„Er muß sich vor uns entschuldigen!"

„Wer geht mit mir zum General?"

„Er schert sich den Teufel um den General!"

„So wird er sich um uns scheren müssen!"

„Gehen wir!"

Fortsetzung folgt.

hält es die Arbeiterfraktion für ihre Pflicht, folgendes zu erklären:

Wir haben unter gewissen Bedingungen uns für die Errichtung der erweiterten Jewish Agency eingesetzt und werden auch in Zukunft zu ihrer Erweiterung und ihrem Ausbau helfen. Das Versagen der Jewish Agency in diesem Jahre der Katastrophen berechtigt noch nicht dazu, diesen ernsten Vesuch der zionistischen Bewegung zur Erweiterung des Kreises der für das Aufbauwerk Verantwortlichen zu verurteilen, doch sind die negativen Bestrebungen, die in der Leitung der Jewish Agency schon in diesem Jahre zum Ausdruck kamen, nicht zu übersehen: dem Aufbauwerk in Erez Israel philantropischen und bürokratischen Charakter zu verleihen, ungenügende Sorge um die Nöte des Aufbaus. In der Berliner Sitzung zeigte sich nicht der Wille, diese Dinge zu bessern, ja, sie brachte nicht einmal die Gewähr für die Konsolidierungen der landwirtschaftlichen Siedlungen.

In dieser durch die Tagung geschaffenen Lage behält sich die Arbeiterfraktion ihre Aktionsfreiheit vor. Bei der gegenwärtigen schweren Situation der Bewegung erachten wir es als unsere Pflicht, auch außerhalb der Leitung stehend mit allen unseren Kräften der Jewish Agency in all denjenigen Bestrebungen zu helfen, die darauf gerichtet sind, unsere politische Stellung zu stärken, den Jischuw zu festigen, die Möglichkeiten der Einwanderung und der Kolonisation zu vergrößern und die Jewish Agency zu demokratisieren.

Doch werden wir mit aller Energie gegen die philantropischen und bürokratischen Neigungen kämpfen, die in einflußreichen Kreisen der Jewish Agency zum Ausdruck kommen, und in voller Rüstung werden wir auf der Wacht stehen für die Erhaltung der politischen und kolonisatorischen Werte und Errungenschaften der zionistischen Bewegung und des Arbeiterwerkes in Erez Israel.

Palästina vor dem Völkerbundsrat

Eine Verständigung zwischen Mandatskommission und Mandatsregierung über den Palästinabericht im letzten Augenblick erzielt

Genf, 8. September. (JTA.) Der Völkerbundsrat, der am Montag, den 8. September, zu seiner 60. Tagung zusammentrat, ist gleich in seiner ersten öffentlichen Sitzung in die Beratung der Palästinafrage eingetreten. Den Vorsitz führte der Delegierte von Venezuela, der greise Minister Zumeta. Um ½12 Uhr begann der Berichterstatter für Mandatsfragen Procop mit der Verlesung des auf Grund der vorangegangenen Besprechungen mit Henderson modifizierten Berichtes der Mandatskommision. Er bezeichnete ihn als ein gründlich durchgearbeitetes gerechtes Dokument und hob besonders hervor, daß es nicht in der Absicht der Mandatskommission gelegen sei, ihren Kompetenzkreis zu überschreiten und sich an die Stelle der Mandatarmacht zu setzen. Er billigt den Standpunkt der Mandatarmacht, daß die Einwanderung von Juden der jeweiligen ökonomischen Aufnahmefähigkeit des Landes angepaßt werden müsse und erkennt an, daß die Erklärung der britischen Delegation, die Einstellung der Einwanderung sei nur eine zeitweilige, geeignet sei, Befürchtungen der Juden nach dieser Richtung zu zerstreuen. Er stellte ferner fest, daß des Premiers Macdonald jüngste Erklärung im britischen Unterhaus hinsichtlich der Palästinapolitik der englischen Regierung als Mandatarmacht als ein unzweideutiges Bekenntnis zur Balfour-Deklaration und zur Politik des Jüdischen Nationalheims aufzufassen sei.

Der Berichterstatter erklärte, es sei nicht seine Absicht, auf die einzelnen Einwendungen einzugehen, die die britische Delegation zu den Punkten des Mandatsberichtes gemacht habe. Er schlug

An alle jüdischen Frauen!

Am 14. September ist Reichstagswahl!

Keine jüdische Frau darf diesen Tag vergessen. Jede muß ihrer Wahlpflicht genügen. Jede muß aber auch wissen, daß ihre Pflichten weiter gehen: als ernste Mahnerin hat sie dafür zu sorgen, daß auch Mann und erwachsene Kinder den Forderungen genügen, die das Vaterland und die jüdische Gemeinschaft an sie stellen. Wir Alle verstehen, was für unser deutsches Vaterland, was für uns Juden auf dem Spiel steht. In solch ernster Stunde darf kein ideelles, kein materielles Opfer zu groß sein. Das müssen wir bedenken, darnach müssen wir handeln. Deutsche jüdische Frauen seid wach und seid bereit!

Ortsgruppe München des jüdischen Frauenbundes

Wer am 14. September auswärts sein muß, hat rechtzeitig für Beschaffung eines Wahlscheins zu sorgen.

dem Völkerbundsrat vor, dieser möge beschließen, die Schlußfolgerungen, welche sich aus den Mandatsprotokollen ergeben, an die britische Regierung weiterzuleiten und sie einzuladen, Maßnahmen zur Verwirklichung der im Mandatsberichte enthaltenen Vorschläge zu treffen. Henderson erklärte, die Einschränkung der Einwanderung betreffe nur die Arbeiterschedule und auch diese Einschränkung sei nur zeitweilig. Er billigte der Mandatskommission das Recht und die Pflicht zu, die Mandatarmacht zu kritisieren. Die überzeugenden Ausführungen Procopes hätten ihn, Henderson, bewogen, der von Procope unterbreiteten Resolution zuzustimmen. Ein Programm über ihre Zukunftspolitik in Palästina werde die britische Regierung erst nach Prüfung des Simpson-Berichtes dem Völkerbundsrat unterbreiten.

Im weiteren Verlaufe der Ratssitzung erklärte der holländische Delegierte Van Rees namens der Mandatskommission, deren Vizepräsident er ist, diese habe nicht erwartet, daß der Mandatsbericht über Palästina eine so günstige Ausnahme bei der Mandatarmacht finden werde. Er drückte seine Zufriedenheit darüber aus, daß die Mandatarmacht in ihrer Erklärung den ursprünglich von Henderson vertretenen ablehnenden Standpunkt aufgegeben habe, und sprach die Hoffnung aus, daß der Rat den Gerechtigkeitswillen und die Unparteilichkeit, von denen die Mandatskommission bei ihrer schwierigen Aufgabe sich hat leiten lassen, anerkennen werde. Der Vertreter Persiens, Kahn Alla, bemerkte, die Mandatskommission habe in ihrem Berichte die Rechte der nichtjüdischen Bevölkerungsteile Palästinas nicht genügend berücksichtigt und befürwortete die Schaffung von Selbstverwaltungsorganen. Der jugoslavische Außenminister Marinkovic gab dem Wunsche Ausdruck, die Mandatsregierung möge die Rechte der Araber schützen und, während sie den ersten Teil des Mandates durchführt, den zweiten Teil nicht vernachlässigen.

Der Berichterstatter Procope drückte schließlich seine Zufriedenheit über die zustandegekommene Einigung aus und zollte der Mandatskommission für ihre Unparteilichkeit Anerkennung.

Der Bericht wurde vom Völkerbundsrat einstimmig angenommen.

Der sechste Nationalitätenkongreß

Genf, 4. September (JTA.) Bei Anwesenheit von Delegierten aus fast allen Staaten Europas, die nicht weniger als fünfzehn verschiedene Völker vertreten, wurde der sechste Nationalitätenkongreß eröffnet. Der Präsident des Kongresses Dr. Josip Wilfan leitete seine Begrüßungsrede mit dem Ausdruck des Bedauerns ein, daß der von Anfang an an der Minderheitenbewegung führend beteiligte Repräsentant des jüdischen Volkstums, Leo Motzkin, infolge Erkrankung dem Kongreß nicht beiwohnen und diesmal nicht seinen alten Ehrenplatz im Präsidium einnehmen kann. Auf Anregung des Präsidenten Wilfan beschließt der Kongreß, Dr. Leo Motzkin einen Gruß und den Wunsch auf baldige Wiedergenesung zu übermitteln, auf daß er in Zukunft dem Kongreß und der Nationalitätenbewegung seine besonders wertvolle Mitarbeit leihen könne.

In das Präsidium des Kongresses wurde als Repräsentant des jüdischen Volkstums der lettische Sejm-Deputierte Rabbiner Dr. Nurok gewählt. Außer ihm wohnen als Vertreter jüdischer Gruppen dem Kongreß noch bei: der frühere litauische Deputierte Dr. Jakob Robinson und der Führer des bulgarischen Gemeinde-Konsistoriums Oberst Tadger.

Dem Kongreß liegen Minderheitenberichte von dreizehn europäischen Völkern vor, darunter ein Bericht über die Position der jüdischen Minderheiten in den verschiedenen Ländern. Dr. Ammende hielt ein Referat über „Grundsätzliche Schlußfolgerungen, die sich aus den Lageberichten der Nationalitäten ergeben“ und führte aus, daß das europäische Nationalitätenproblem eine Sache ist, die Europa in fast allen seinen Teilen und Staaten berührt. Das Minderheitenproblem ist somit eine gesamteuropäische Frage, eine Frage, deren Lösung die europäische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit berührt und angeht. Einen großen Umfang erreicht das Problem in Ost- und Mitteleuropa. Die Zahl der zu den Minderheiten gehörenden Menschen in Europa unter Ausschluß des gesamten russischen Gebietes betrifft ca. 40 Millionen. An den Rumänien betreffenden Berichten sind z. B. sechs verschiedene Völker beteiligt: Die Ungarn, die Deutschen, die Ukrainer, die Bulgaren, die Juden und die Russen. Für Polen kommen gleichfalls sechs Völker in Betracht: Ukrainer, Weißrussen, Litauer, Deutsche, Russen und Juden. Für die Tschechoslovakei: Deutsche, Ungarn, Russen, Polen und Juden. Für Litauen: Deutsche, Polen, Juden und Russen. Die Nationalitäten klagen über Entnationalisierungspolitik gegenüber den Minderheiten, wirtschaftliche und kulturelle Beeinträchtigung bzw. Unterdrückung der Minderheiten, Negierung des Vorhandenseins der in Frage kommenden Volksgruppen usw. Rein pesönliche Leiden ergeben sich aus der gegenwärtigen Lage der Dinge für Millionen von Europäern, es sei bloß auf die Frage der Staatenlosen hingewiesen. Tausende und Abertausende von Menschen, die unter dem Stempel „staatenlos“ Verluste an Besitz, Gesundheit und Lebensglück zu buchen haben, zählen zu den Opfern dieser Verhältnisse. Einzig in Estland und Lettland haben die Mehrheitsvölker und Minderheiten in gemeinsamer Arbeit den Weg zur Kulturautonomie, zur völligen Freiheit der nationalkulturellen Betätigung für die Minderheiten gefunden. Die Lageberichte sollen demnächst veröffentlicht werden, sie werden erstmalig eine dokumentarische Darstellung der heutigen Zustände auf dem Gebiet der Nationalitätenfrage in Europa bringen.

Im Verlauf der Aussprache über die Frage „Paneuropa und die Minderheiten“ führte der jüdische Minderheitenvertreter Dr. J. Robinson (Kowno) aus, man könne sich mehr Erfolg versprechen von einer Pazifistentagung der europäischen Generalstäbe, als von dem Versuch, eine europäische Staatenföderation zu schaffen, weil man dabei nicht wisse, ob der Paneuropäer stärker als der Pannationalist sein werde. Robinson warnte vor der Veröffentlichung der Lageberichte der Minderheiten, weil daraus manche Regierungen nur Anregungen dafür schöpfen würden, wie man die Minderheiten noch schlechter behandeln könnte.

Genf, 7. September. (JTA.) Der Kongreß der nationalen Minderheiten Europas stimmte den Thesen Dr. J. Wilfans über die Entwicklung von Volksgemeinschaften bei den einzelnen europäischen Völkern zu.

Dr. Naumann versicherte Dr. Wilfan die uneingeschränkte Zustimmung zu dem Plane der Volksgemeinschaften. Eine weitgehende Entlastung der Staaten von kulturellen Aufgaben und der Übertragung dieser Aufgaben an die Volksgemeinschaften würde der Bildung der überstaatlichen Kulturkreise wertvolle Dienste leisten.

Der Kongreß beauftragt schließlich den Ausschuß

des Nationalitätenkongresses, welcher aus den Herren Dr. Wilfan, Prof. Kurtschinsky, Dr. Lewickkji, Maspons i Anglasell, Leo Motzkin, Dr. Schiemann, Dr. v. Szüllö und Olano bestehen soll, die Beschlüsse des diesjährigen Kongresses durchzuführen und die nächste Tagung vorzubereiten.

Aus der jüdischen Welt

Die 93. Friedhofsschändung — In Grünstadt (Pfalz)

Berlin, 4. September. (JTA.) Die Israelitische Kultusgemeinde Grünstadt (Pfalz) teilt mit:

Auf unserem jüdischen Friedhofe haben in vergangener Woche bübische Hände ihr fevelhaftes Spiel getrieben. Das Haupttor wurde gewaltsam erbrochen, die am Eingange befindliche Vorhalle, in der den Trauernden aus priesterlichem Munde Trost gespendet wird und die Einsegnung der Toten stattfindet, in kaum wiederzugebender Weise besudelt, die Wandung teilweise hinausgestoßen und die Dachung durch Steinwürfe beschädigt. Ferner wurden fünf bis sechs Grabsteine umgeworfen und zum Teil beschädigt.

25jähriges Bestehen der Leipziger Gemeindesynagoge

Leipzig, 5. September. (JTA.) Die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig feiert am 7. September das 25jährige Bestehen der Gemeindesynagoge. Aus diesem Anlaß hat der Gemeindevorstand eine von Herrn Gemeinderabbiner Gustav Cohn bearbeitete Festschrift unter dem Titel: „Aus Geschichte und Leben der Juden in Leipzig“ veröffentlicht. Die Arbeit enthält in großen Zügen einen Überblick über das Leben der Juden in Leipzig von den ältesten Nachrichten an.

Professor Simon Dubnow 70 Jahre

Berlin, 7. September. (JTA.) Am 24. September vollendet Professor Simon Dubnow, der repräsentative jüdische Historiker der Gegenwart, sein 70. Lebensjahr. Dubnows Hauptwerk ist die zehnbändige „Weltgeschichte des jüdischen Volkes“ (Jüdischer Verlag, Berlin), die ein Standardwerk moderner jüdischer Geschichtsforschung und -schreibung ist und aus dem russischen Original ins Deutsche, Hebräische, Jiddische, Englische und in mehrere andere Sprachen übersetzt worden ist.

Eugen Goldstein, der berühmte Experimentalphysiker und Entdecker, 80 Jahre alt

Berlin, 2. September. (JTA.) Am 5. September wird der weltberühmte Experimentalphysiker und physikalische Entdecker Professor Eugen Goldstein 80 Jahre alt. Seine wichtigste und berühmteste Entdeckung ist die der Kanalstrahlen. Lange beschäftigte er sich mit dem Spektrum, die Physik verdankt ihm eine große Reihe von Entdeckungen auf dem Gebiete der Spektroskopie. Früher als in Deutschland, wo er wegen seiner Zugehörigkeit zum Judentum Zurücksetzungen erleiden mußte, wurde Eugen Goldstein in der wissenschaftlichen Welt des Auslandes gewürdigt. Als Jude bekam Goldstein keinen Lehrstuhl und auch nicht die Möglichkeit zu freiem wissenschaftlichem Arbeiten. So bestritt er, der in den allerbescheidensten Verhältnissen lebte, die Kosten seiner Versuche zum größten Teil durch das, was er sich an Lebensunterhalt entzog. Erst als er schon in vorgerücktem Alter stand, wurde ihm die astrophysikalische Abteilung am Potsdamer Observatorium übertragen.

Jakob Krausz gestorben

Wien, 2. September. (JTA.) Im Alter von 64 Jahren verstarb in Wien der populäre jüdische Journalist Jakob Krausz. Er redigierte während seiner Journalisten-Laufbahn zahlreiche jüdische Zeitungen, schrieb mehrere Kampfbroschüren, in in denen er für jüdische Gleichberechtigung in al-

len Ländern eintrat. Er schrieb auch ein Buch über die ukrainischen Pogrome. Er gehörte zu den ersten Vorkämpfern der nationaljüdischen Idee. Zuletzt kämpfte er für die nationale und bürgerliche Gleichberechtigung der ungarischen Juden.

Die Wahl Fürst Starhembergs zum Heimwehrbundesführer und die österreichische Judenschaft

Wien, 5. September. (JTA.) In jüdischen Kreisen sieht man mit wachsender Sorge den Folgen der Ernennung Fürst Starhembegs zum einzigen Bundesführer der österreichischen Heimwehren entgegen. Insbesondere sind jene jüdischen Gruppen beunruhigt, welche bisher der Heimwehrbewegung nahestanden. Das „Neue Wiener Journal“, ein Blatt, welches, obwohl es in jüdischen Kreisen stark gelesen wird, eine ausgesprochen heimwehrfreundliche Haltung eingenommen hat, warnt die Heimwehren vor dem Einschlagen eines scharfen antisemitischen Kurses, da ein solcher Kurs den Zerfall der Heimwehren und damit der antimarxistischen Einheitsfront zur Folge haben müßte. Die Verwirklichung der Heimwehrziele sei unmöglich ohne Mitwirkung der staatstreuen Juden. Der Herausgeber des „Neuen Wiener Journal“, Lippowitz, ein getaufter Jude, forderte Fürst Starhemberg telegraphisch auf, den Antisemitismus öffentlich abzuschwören und die Versicherung abzugeben, daß er die Gleichberechtigung staatstreuer Juden überall, auch in der Heimwehr, anerkennen würde. Fürst Starhemberg hat dieses Telegramm vorläufig nicht beantwortet.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Hebräische Sprachkurse München. Montag, den 8. September, hat der hebräische Unterricht begonnen. In sämtlichen bestehenden Kursen, wie auch im Grammatik- und Bibelkurs werden neue Schüler aufgenommen. Nach den Feiertagen beginnt ein Anfänger- und ein Mütterkurs, der es den Müttern ermöglicht, den hebräischen, sowie den Religionsunterricht ihrer Kinder zu überwachen. Vorderhand bleibt der bisherige Stundenplan:

Mo	8—10 Uhr abends Anfängerk.	—	—	—
Di	7—8 Uhr morgens Kurs II	7.30—9.00 Kurs V	—	—
Mi	4.00—5.15 Kinderkurs III	5.15—6.15 abends Kinderkurs II	7—8.15 Uhr abends Kurs III/IV	8.30—9.30 abends Jesaia-Vorlesung
Do	1.30—3 Uhr Kurs I	7.15—8.15 Kurs II	8.15—9.15 Grammatikkurs	—

Es ist geplant, nach den Feiertagen einen hebräischen Klub in München zu eröffnen. Interessenten werden gebeten, sich im Unterrichtslokal, Herzog-Rudolf-Straße 1 (Tel. 297 449) zu melden.

Leiter der Kurse: Dr. A. Percikowitsch.

Bar-Kochba, Sportabteilung. Ab nächsten Dienstag wird das Wintertraining in der Luisenschule wieder aufgenommen. Jugend von 6—½8 Uhr, Herren von ½8—9 Uhr. Die Leitung.

Bar-Kochba, Damen- und Mädchenabteilung. Der gesamte Turnbetrieb hat bereits begonnen. Die aktiven Mitglieder werden dringend aufgefordert, vollzählig am Turnboden zu erscheinen.

Bar-Kochba, Kinderabteilung. Der Turnunterricht hat bereits begonnen. Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder wieder regelmäßig zum Turnen zu schicken.

Jüdischer Kindergarten, München. Der Kindergarten, Herzog-Rudolf-Straße 1, beginnt Montag, den 15. September, vormittags 9¼ Uhr.

Die Leitung.

Der jüdische Turn- und Sportverein „Hagibor“ hält seit vielen Jahren jeden Mittwoch von ½8—9 Uhr im Karl Müllerschen Volksbad seinen Schwimmabend ab, als geschlossene Unterabteilung des Freien Wassersportvereins München. Jedem ist Gelegenheit gegeben, das Schwimmen zu erlernen, sich weiterzubilden, Rettungsschwimmer und Wasserballspieler zu werden. Anmeldung im Bad jeweils am Schwimmabend! Eine Damenabteilung wird bei genügender Beteiligung demnächst gegründet. Anfrage hierüber an Siegfried Silber, Bürkleinstraße 16/o.

Münchener Spendenausweis Nr. 38
vom 2.—9. September 1930

Allgemeine Spenden: Julius Marx anl. des Todestages seines Vaters 2.—.

V. J. St. Jordania-Garten: Der A.-H.-Bund grat. seinem lb. Con. Phil. Dr. Erich Kretschmer zur Bar-Mizwah seines Sohnes Erich 1 B. = 6.—.

Goldenes Buch ZOG, München: Dr. Raph. Straus u. Frau grat. Fam. Kretschmer zur Bar-Mizwah ihres Sohnes 3.—, Jakob Reich u. Frau

desgl. 1.—, Dr. Percikowitsch gratul. Herbert Kretschmer zur Bar-Mizwah 1.— = 5.—.

Büchsenspende: Max Landmann 3.—.

Material: 3 NF-Telegramme 1.50.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1929: 7353.59.

Benützt bei allen Anlässen die Telegramm-Ablösungsformulare des Jüdischen Nationalfonds. Preis 50 Rpf. Erhältlich im Büro des J.N.F., Herzog-Rudolf-Straße 1.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Spenden im „Jüdischen Echo“ ausgewiesen werden können, die spätestens Dienstag jeder Woche aufgegeben und einbezahlt wurden im

Büro des Jüdischen Nationalfonds,
Herzog-Rudolf-Straße 1.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 5. September 1930

Spendenbuch: Herr I. Baruch anl. Bar-Mizwah seines Sohnes 20.—, Herr Josef Wollner anl. seines 80. Geburtstages 15.—, Herr u. Frau Theo Hutzler anl. ihrer Vermählung 10.—, Herr u. Frau Fritz Steinlein anl. d. Geb. ihres Sohnes 10.—, Herr u. Frau Leo Klein anl. d. Vermählung ihrer Kinder 20.—.

Bäume für Dr. Liebstaedter s. A.-Garten: Herr Simon Bein kondoliert Herrn Karl Weil herzlich zum Tode seiner Mutter ½ B. = 3.—.

Wertzeichen: Heinz Berliner 1 Telegrammformular —.50.

Büchsen: Dr. J. Bamberger 5.—, Frau Mendle 4.20, Dir. Erle 3.25, Adolf Stein 3.—, 7 Büchsen unter Mk. 3.— = 9.75 = 25.20.

Aus Hüttenbach durch Frl. Heiligenbrunn: Hutzler Isak 3.80, Hutzler L. 2.—, Paula Hirschmann, B. Hirschmann je 1.—, Hutzler Ida je —.50 = 8.30.

Aus Schnaittach: Hch. Freimann 3.—, Ullmann Emma —.50 = 3.50.

Aus Niederwerrn durch Frl. Heßlein Gottlob 7.—, F. Gutmann 5.—, Heßlein 4.—, Weiler, Ungenannt je 2.—, Bildstein, S. Gutmann je 1.40, Theilhaber 1.— = 23.80.

Summa: 139.30.

Seit 1. Oktober aufgebracht: 7442.11.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.